

Geopolitische Veränderungen in Nah-/Mittelost und ihre

Auswirkungen auf die Sicherheitslage der EU

Kinan Jaeger / Thomas Wiegand

- Einleitung
- Zentralasien – neuer 'Kalter Krieg' um die Energieressourcen
- Die Türkei – geostrategischer Trumpf der EU?
- Der Iran – neue Atommacht am Golf?
- Der Irak-Konflikt und seine Risiken

Einleitung

Der große Kampf der Mächte im Nahen und Mittleren Osten richtet sich zunehmend auf die Energieressourcen. Ob in Washington, Moskau, Peking oder Brüssel – jeder weiß: Wer in der Welt Macht behalten oder bekommen will, braucht den gesicherten Zugang zu Energiequellen. Hierbei geht es um Bohrlizenzen, die Kontrolle über Pipelines und das Finden neuer Bündnispartner in der Region. Ins Visier gerät zunehmend der geostrategisch wichtige Iran, der sich bisher keinem Lager zugewendet hat. Zurückhaltend gibt sich in diesem Ressourcenkampf, der auch als neuer Kalter Krieg bezeichnet wurde, die Europäische Union (EU). Für viele scheint dies unverständlich, da gerade sie von Energielieferungen aus dem Vorderen Orient stark abhängig ist. Im übrigen geht das europäische Sicherheitsinteresse an der Region weit über den Bereich der Energieversorgung hinaus. Spannungen im Nahen und Mittleren Osten können dramatische Auswirkungen für Europa beinhalten – Anschläge islamistischer Terroristen in London und Madrid haben es deutlich gemacht. Der Iran, der Irak, der Kaukasus, Israel/Palästina – sie alle liegen im geopolitischen Interessensfeld der EU. Und dennoch: Eine klare Formulierung ihrer geopolitischen Interessen für die Region ist die EU bisher schuldig geblieben.

Im folgenden werden einige Fallbeispiele dazu aufgezeigt.

Zentralasien – neuer 'Kalter Krieg' um die Energieressourcen

Wer über den Nahen und Mittleren Osten spricht, kommt am Faktor Öl nicht vorbei. Zwei Drittel der bekannten fossilen Energieträger (hier: Erdöl und Erdgas) lagern in der Region des Persisch-Arabischen Golfes.¹ Geostrategisch betrachtet wird die Region genau wegen dieses Faktors noch lange von überragender Bedeutung sein. Nach wie vor gilt der Satz: Wer die Energievorräte des Nahen Ostens kontrolliert, kontrolliert die Weltwirtschaft. Bereits in der Kolonialzeit führte der Kampf um die Rohstoffe der Golfregion zu heftigen Auseinandersetzungen unter den großen Mächten. Es gilt heute als sicher, dass der weltweite Verbrauch an fossilen Brennstoffen, vor allem an Erdöl und Erdgas, in den kommenden Jahrzehnten noch deutlich zunehmen wird. Immer stärker drängen die sogenannten Schwellenländer, vor allem die Volksrepublik China aber auch Indien, auf den Markt und werden für den Anstieg des zukünftigen Verbrauchs verantwortlich sein.

Die zehn größten Erdölproduzenten (2003) (in Mio. Tonnen)

Saudi Arabien	497
Russland	420
USA	349
Mexiko	188
Iran	182
VR China	169
Norwegen	152
Venezuela	138
Kanada	136
V. Arab. Emirate	123

Anteil an der Weltproduktion 64 %

Die zehn größten Erdölkonsumenten (2003) (in Mio. Tonnen)

USA	895
VR China	263
Japan	252
Russland	126
Deutschland	125
Indien	107
Südkorea	101
Brasilien	97
Frankreich	96
Kanada	96

Anteil am Weltkonsum 60 %

Quelle: Esso

¹ Die im Jahr 2004 nachgewiesenen Ölreserven des Persisch-/Arabischen Golfes belaufen sich auf rund 100 Mrd. Tonnen, etwa 60% aller weltweit vorhandenen Ölresourcen. Die entsprechenden Gasreserven wurden mit 72 Billionen m³ angegeben, etwa 40% aller global bekannten Vorräte an Erdgas. (BP Statistical Review of World Energy 2005).

Industriestaaten und Schwellenländer sind heute gleichermaßen massiv abhängig vom Import von Energie. Allen voran die USA: Sie mussten im Jahr 2003 mehr als die Hälfte ihres gesamten Ölbedarfs importieren. Auch hier kam ein erheblicher Teil (22%) aus der Golf-Region. Westeuropa importierte etwa 30%, Japan 76% und die VR China ca. 37% ihres Erdölbedarfes von dort.² Aufgrund dieser starken Abhängigkeiten zeigen sich alle großen Mächte zunehmend empfindlich im Hinblick auf politische Turbulenzen in der Golfregion. (siehe auch Grafik Seite 89)

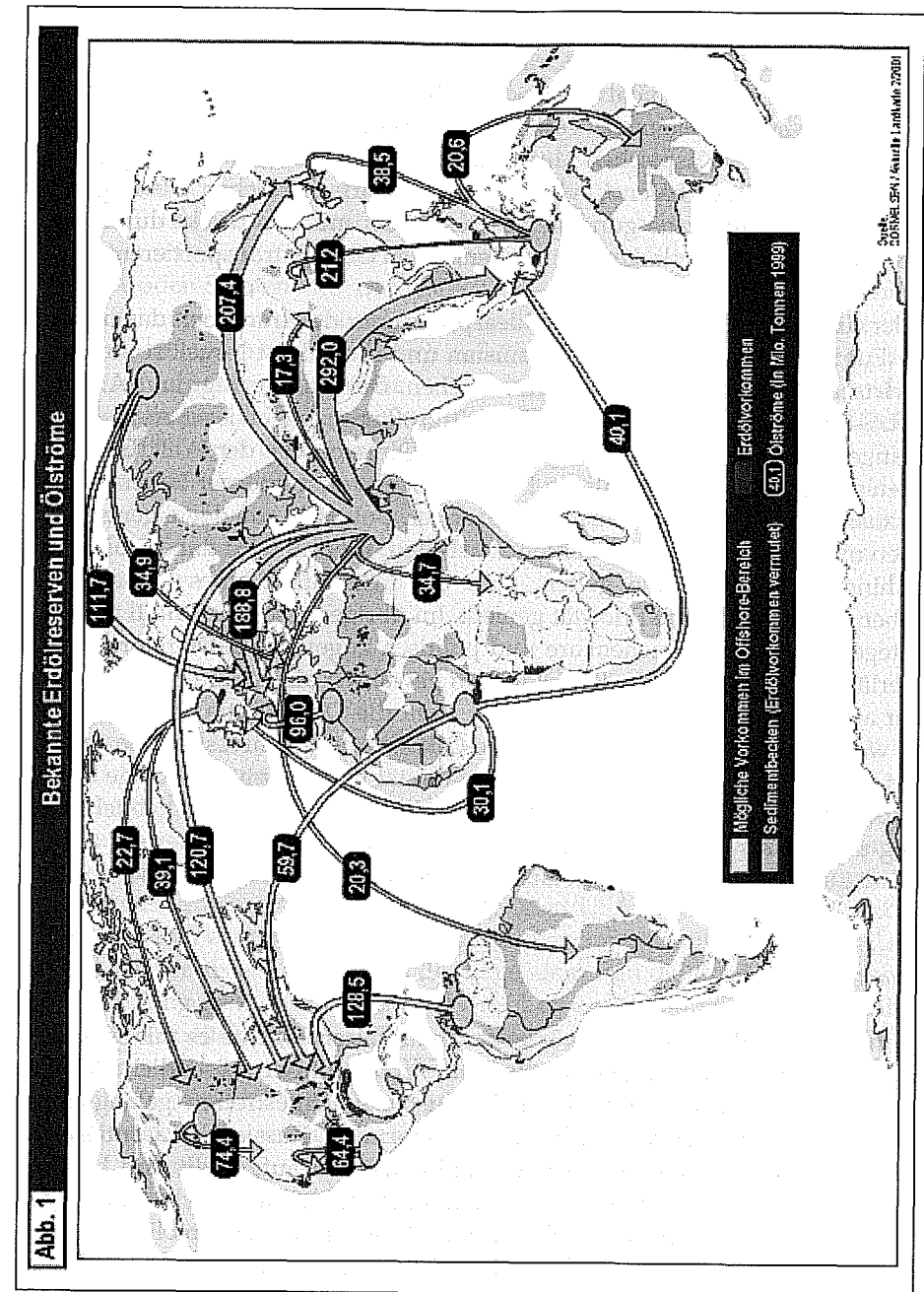
Die Energiepolitik der Key-Players in der Golfregion und Zentralasien

Die USA

Als 1991 die Sowjetunion zusammenbrach und die vormaligen Sowjetrepubliken unabhängig wurden, begannen zunächst vor allem die USA damit, sich in Zentralasien massiv um Lizenzen und mehr energiepolitischen Einfluss zu bemühen. Der Grund war, die wachsende Abhängigkeit Washingtons von Öl- und Gaslieferungen insbesondere aus dem arabischen Raum zu verringern. Hierbei rückte gerade das südliche Kaspische Meer zunehmend ins Fadenkreuz. Energiefachleute vermuteten seinerzeit, dass die Ressourcen entlang des Kaspischen Meeres ähnliche Dimensionen wie entlang des Persischen Golfes haben könnten. Mittlerweile ist diese Euphorie der Ernüchterung gewichen – die dortigen tatsächlichen Vorkommen an Öl und Gas sind bei weitem nicht mit der Golfregion vergleichbar. Sie sind dennoch groß genug, um die USA, China und Russland zu einem gefährlichen Machtkampf zu verleiten.

Nach dem 11. September 2001 ist es den USA gelungen, ihre militärische Präsenz in Zentralasien zu stärken. Nicht nur am Golf, in Afghanistan und im Irak sind neue Militärbasen entstanden, sondern auch in Kirgisien und Usbekistan. Es ist zu vermuten, dass die Amerikaner aufgrund der zunehmenden energie-logistischen Bedeutung der Region noch auf mehrere Jahrzehnte dort militärische Präsenz zeigen werden. Denn Washingtons Ziele sind strategischer Natur und zielen nicht auf den Moment ab. Es geht darum, den Verlauf der Pipelines zu sichern, die das Öl von den Fördergebieten Zentralasiens zu den Verladehäfen des Mittelmeers und des Indischen Ozeans transportieren sollen. Auch hier gilt: Diese Pipelines sind nicht allein nach ökonomischen, sondern auch nach

² EIA Country Analysis Brief: Persian Gulf Oil and Gas Exports Fact Sheet.



Österreichische Militärische Zeitschrift (Online-Archiv)

geostrategischen Gesichtspunkten angelegt. Die USA achten darauf, dass die Pipelines weder russisches noch iranisches Territorium durchqueren, um bei der Energieversorgung nicht vom politischen Wohlwollen dieser Länder abhängig zu werden. Vielmehr verläuft eine Hauptversorgungslinie von den Fördergebieten des Kaspischen Meeres über Aserbaidshan und Georgien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Aus rein wirtschaftlichen Überlegungen heraus wäre es durchaus günstiger gewesen, Öl und Gas direkt durch iranisches Gebiet zu den Verladehäfen am Persischen Golf zu transportieren.

Weder die Problematik um das Nuklearprogramm des Iran noch das militärische Engagement der USA in Afghanistan und im Irak ist losgelöst von energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen. Der Irak verfügt laut Angaben des US-Energieministeriums über die drittgrößten nachgewiesenen, und über die angeblich größten nicht nachgewiesenen Ölressourcen der Welt. Gerade in diesen geostrategisch so wichtigen Ländern ist es von immenser Bedeutung, sicherzustellen, dass die dortigen Regierungen politisch auf der eigenen Seite stehen und nicht etwa Konkurrenten zuarbeiten. Im Irak wird daher von Seiten Washingtons die Maxime gelten, dass die Installation eines pro-amerikanischen Regimes höchste Priorität genießt. Im übrigen – so das Kalkül mancher Strategen – könnten berechenbare und politisch zugewandte Diktatoren einen zuverlässigeren Zugang zu den Ölquellen gewähren als andere, in der Region nicht ausgereifte Herrschaftsformen wie etwa die Demokratie. Im Irak halten sich westliche, vor allem amerikanische Ölkonzerne mit Investitionen weitgehend zurück, weil durch permanente Instabilität und massive Sabotage an den Ölpipelines die Produktion weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Krieg und Chaos haben es im Irak bisher verhindert, die Ölförderung auf ein Niveau zu bringen, welches den tatsächlichen Kapazitäten entspräche.

China und Russland

Die massive Einflussnahme der USA in Zentralasien brachte es mit sich, dass andere Mächte wie China und Russland, die geographisch wesentlich näher an der Region liegen, dort mit ihrem Einfluss ins Hintertreffen gelangt sind. Washington weiß, dass die Konkurrenz sich formiert. Russland präsentiert sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als neu aufgestellt und beginnt, im Nahen und Mittleren Osten verstärkt Einfluss zu nehmen. Insbesondere das aufstrebende China wird den USA in den nächsten Jahren erheblich Konkurrenz machen. Militärstrategen befürchten bereits den nächsten 'Kalten Krieg'. Nach dem starken chinesischen Wirtschaftsboom der vergangenen Jahre hat

auch Beijing erkannt, dass der Zugang zur Energie überlebenswichtig ist für das weitere wirtschaftliche Wohlergehen der Volksrepublik. Ein genauerer Blick auf China zeigt: Wie für die USA, so ist auch für Beijing die Sicherung der Energieversorgung keine wirtschaftliche, sondern eine sicherheitspolitische Aufgabe. Beijing verfolgt das Ziel, nicht in Abhängigkeit von einem oder wenigen ausländischen Energielieferanten zu geraten. Die Bestrebungen der VR China, Allianzen zu bilden, sind breit angelegt. Es bieten sich hier Staaten an, die bisher mit den USA in keinem herausragenden Verhältnis standen – etwa der Iran oder Staaten des nordöstlichen Afrika. Beijing verlässt sich hierbei nicht allein auf Marktmechanismen, sondern baut zu seinen Lieferanten enge politische, ökonomische und auch militärische Beziehungen auf. Beispielhaft für diese Vorgehensweise stehen die Beziehung der VR China zum Iran. Mit den Machthabern in Teheran wurde eine strategische Partnerschaft aufgebaut. Wirtschaftlich ergänzen sich beide Länder. China bezieht aus dem Iran Öl und Gas und liefert im Gegenzug Fertigwaren wie Elektronik und Maschinen in das Land. Neben der intensiven zivilen wirtschaftlichen Kooperation mit dem Iran erfolgt auch eine erhebliche militärische Unterstützung des Landes – sehr zum Missfallen der USA.

Die Europäische Union

Anders als andere Mächte verfügt die EU lediglich über politische und wirtschaftliche Instrumente, um ihre Interessen zu wahren. Fest steht: Werden wirtschaftliche Mittel seitens der EU klug angewendet, dann könnten sie eine größere Wirkung erzielen als militärische Interventionselemente. Tatsächlich ist die Stimmung in den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens zugunsten der EU wesentlich offener als gegenüber den USA. Vom Charakter wird die EU-Politik eher als kooperativ, weniger als konfrontativ eingestuft. Die EU wäre, viel stärker als etwa China, in der Lage, dem Iran die dringend notwendige Unterstützung beim Aufbau seiner Wirtschaft zu gewähren. Armut, Analphabetismus, Arbeitslosigkeit – all dies sind die wesentlichen Faktoren, die dem radikalen iranischen Staatschef *Ahmadi Nedschad* an die Macht geholfen haben. Ihn wählten ärmere Bevölkerungsschichten, deren Verständnis für Demokratie dem Wunsch nach materiellem Fortschritt weit nachgeordnet scheint. Die EU weist jedoch – neben den bekannten Defiziten wie mangelnde politische Geschlossenheit und nicht vorhandene militärische Absicherungsoptionen – ein ganz entscheidendes Manko gegenüber China und Russland auf: Ein geographisches und politisches Sprungbrett innerhalb und in die Region.

Die Türkei - geostrategischer Trumpf der EU?

Die Türkei würde sich hier als Kandidat förmlich anbieten. Abgesehen von den wirtschaftlichen und politischen Defiziten im Lande bietet die Türkei mit ihrem geostrategischen Wert einen besonderen Trumpf. Ihr Territorium erstreckt sich in eine Region, in denen geopolitische Interessen der EU bisher kaum umgesetzt werden konnten. Der Einfluss der EU in Zentralasien, im Nahen Osten und im Kaukasus ist extrem schwach ausgeprägt - Tschetschenien, Irak, die Kaspische Region und der Nahost-Konflikt stehen synonym für 'wenig' bzw. 'kein Einfluss'. In anderen Regionen, in denen der Begriff EU genannt wird, zeigt sich rasch, dass die USA der 'Player' sind und die EU nicht mehr als lediglich der 'Payer'. Auch in Krisen, die mittlerweile überregionale Bedeutung erlangt haben, schwindet der Einfluss der EU in dem Maße, wie andere Mächte ihren eigenen Einfluss erweitern. Die EU wird zukünftig gerade in Nah- und Mittelost Farbe bekennen müssen, will sie nicht von anderen Mächten dominiert bzw. ausgebootet werden. Dies bedeutet auch, geopolitische Interessen zu formulieren. Brüssel verlässt sich z.B. in punkto Energiesicherung in hohem Maße darauf, dass die USA in Zentralasien gleichzeitig die Interessen aller westlichen Industriestaaten vertreten. Wird aber diese Solidarität halten, falls der Machtkampf der USA mit China um die Energieressourcen der Region in voller Härte entbrennen sollte? Und wie stark müssen die Beziehungen zu Russland gewichtet werden? Hat die EU, insbesondere Deutschland, sich in der Energiezufuhr nicht schon viel zu stark von Russland abhängig gemacht?

Stärkere geopolitische Einflussnahme in Zentralasien scheint für die EU somit dringend von Nöten. Die Türkei hier mit einzubinden sollte als Chance, nicht als zwingende Notwendigkeit begriffen werden. Das Land am Bosphorus eignet sich als Türöffner für Zentralasien, für Nah- und Mittelost und für die Golfregion gleichermaßen. Traditionen, Religion, Kultur und Sprache flossen in über 400 Jahren Besatzungszeit in den Vorderen Orient mit ein. Die Türkei ist gleichzeitig Knotenpunkt für verschiedene Pipelines und Energiezu- bzw. -abflüsse. Sie gäbe auch hier eine Garantie für europäische Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten. Auch verfügt die Türkei über immense Wasservorräte, die geostrategisch eine wichtige Rolle spielen. Die Unterlieger an Euphrat und Tigris, Syrien und der Irak, sind vom Wohlwollen der Türkei abhängig, wenn es um die Wasserzuflüsse aus dem Norden geht und könnten darüber auch politisch unter Druck gesetzt werden. Ferner versorgt die Türkei auch den Staat Israel mit Trinkwasser, für dessen Existenzsicherheit sich die EU-Staaten einsetzen.

Während die USA, Russland und China hart um die Gunst anderer Staaten im Nahen Osten buhlen müssen, deren geostrategischer Wert nicht halb so hoch einzuschätzen ist wie derjenige der Türkei, zaudert Europa und läuft Gefahr, diesen Trumpf durch kühne Debatten leichtfertig zu verspielen. Aus den hier genannten geostrategischen Werten muss nicht eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei resultieren - andere Formen sicherheitspolitischer Zusammenarbeit wären durchaus denkbar. Fest steht: Sicherheit und Frieden für Europa gibt es nur dann, wenn auch die Nachbarn der EU in Sicherheit leben. Hier muss über den eigenen Tellerrand hinausgeschaut werden. Die Lage ist nicht statisch, Dinge verändern sich, Risiken entstehen neu. Noch vor wenigen Jahren galt der Mittelmeerrand als Außengrenze europäischer Interessen. Heute, im Zeitalter des Internationalen Terrorismus und der möglichen Energieverknappung, muss der Blick weit darüber hinausreichen. Zentralasiengehört damit durchaus zum geopolitischen Interessengebiet der EU.

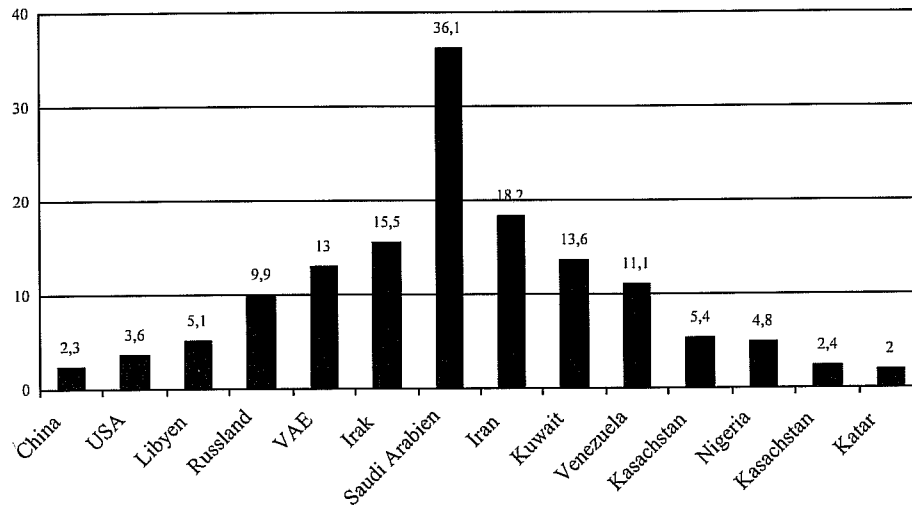
Andererseits befindet sich die Türkei in einem Umfeld heftiger Spannungen und Konflikte. Die Risiken in ihrer Umgebung sind zahlreich. Eine engere politische Anbindung der Türkei an Europa könnte dazu führen, Syrien, den Irak und den Iran mit allen ihren Problemen in naher Nachbarschaft zu finden. Autoritäre arabisch-islamische Herrscher kämen in die Zwangslage, ihre Politik und Wirtschaft offener zu gestalten und westlichen Spielregeln zu berücksichtigen. Die Türkei könnte hier eine Brücken- und Mittlerfunktion wahrnehmen - ein Leuchtturm westlicher Demokratie? Derartige Impulse von Seiten eines muslimischen Staates könnten für den Westen mehr sicherheitspolitischen Gewinn abwerfen als das abrupte Entfernen etablierter arabisch-islamischer Herrschaftsstrukturen durch militärische Interventionsinstrumentarien - wie im Falle des Irak. Kritiker der US-Politik im Irak gehen noch weiter: Hätte man die Kosten, die der Irak Krieg verschlungen hat, in die EU-Mitgliedschaft der Türkei investiert - so sei der Demokratie in der Region weitaus besser zum Durchbruch verholfen worden.

(siehe auch Grafik Seite 94)

Geostrategische Bedeutung des Iran

Mit dem Iran umzugehen, erfordert viel geostrategische Weitsicht. Wer den Iran kontrolliert, hat Einfluss am Golf und damit Einfluss auf die gesamte Weltwirtschaft. Denn: Als Energielieferant gehört der Iran zu den ganz großen Key-Players. Das Land verfügt hinter Saudi-Arabien über die größten nachgewiesenen Ölreserven der Welt und hinter der Russischen Föderation über die größten nachgewiesenen Gasreserven.

Ermittelte Rohölreserven in Mrd. Tonnen (2004)
(BP)



Der Iran ist geographisch gesehen eine Brücke zwischen dem Persischen Golf und Zentralasien. Abgesehen davon müssen alle Tanker auf dem Seeweg die Straße von Hormuz passieren – eine Meerenge, die der Iran von seinem Festland aus kontrollieren kann. Ein feindlich gesonnener Iran könnte viel Schaden anrichten, während ein freundlicher Iran ein überaus wichtiger Allianzpartner in der Golfregion darstellen würde.

Zum Umgang mit dem Iran

Die Iran-Politik der internationalen Gemeinschaft ist aufgrund unterschiedlicher nationaler Interessen äußerst ambivalent. Einerseits die USA: Sie betreiben gegenüber dem Iran eine containment-Politik (Eindämmung) und haben umfangreiche wirtschaftliche Kontakte zum Iran sogar unter Strafe gestellt. Washington hat seit der iranischen Revolution 1979 mit den Mullahs einige Rechnungen offen. Die völkerrechtswidrige Geiselnahme der US-Botschaft und das Festhalten der Belegschaft über mehrere hundert Tage, die gescheiterte militärische Befreiungsaktion US-amerikanischer Truppen in der iranischen Wüste und die Nicht-Wiederwahl Jimmy Carters hatten zu einer dramatischen Demütigung der Supermacht USA während des Kalten Krieges geführt. Das eigentlich 'Rote Tuch' für die Amerikaner in der Golfregion war somit nicht Saddam Hussein, sondern vielmehr die Mullahs in Teheran.

Andererseits die EU: Sie betreibt bisher, allen voran Deutschland, eine Politik des 'Kritischen Dialogs'. Die Tür zu den Mullahs dürfe nicht gänzlich zugeschlagen werden, so hieß es in Brüssel. Nur so könne man auf die Einhaltung der Menschenrechte und demokratischer Spielregeln Einfluss nehmen. Im Fokus stehen hier aber eher handfeste wirtschaftliche Interessen. Nach dem Amtsantritt von Ahmad Nedschad und seinen jüngsten verbalen Entgleisungen in bezug auf Israel wird der politische Sinn einer Weiterverfolgung des Kritischen Dialogs zu hinterfragen sein.

Schon heute ist klar abzusehen: Russland und China werden sich im Falle von EU-Sanktionen gegen den Iran die freiwerdenden Trümpfe sichern. Ihre geographische Nähe und ihre größere direkte Einflussmöglichkeit sichert ihnen dort einen Vorsprung. Ohnehin läuft die Iran-Politik Russlands und Chinas der amerikanischen in vielen Punkten diametral entgegen. Während die USA und Israel schon seit längerem einen Militärschlag gegen das iranische Nuklearprogramm ins Auge fassen, sicherte Russland im März 2006 den Mullahs die vereinbarte Lieferung von 30 Flugabwehrraketen vom Typ Tor-M1 zu. Obwohl diese auch zur Abwehr amerikanischer Flugkörper im Falle eines Luftschlages gegen die Atomanlagen eingesetzt werden könnten, erklärte Sergey Iwanov, der russische Außenminister, er sähe keinen Grund, die vereinbarte Lieferung nicht zu erfüllen. Zur Deeskalation der Lage hatte Russland dem Iran angeboten, die Anreicherung von Uran in Russland selbst zu vollziehen. Der Iran dürfte jedoch gewarnt sein. Das Beispiel russischer Energie-Willkürpolitik gegenüber der Ukraine wird auf den Iran wenig ermutigend gewirkt haben.

Mögliche Folgen eines möglichen Militärschlages

Geheimdienstberichten zu Folge finden in der israelischen Negev-Wüste bereits simulierte Angriffe gegen iranische Stellungen durch eingesetzte F-15 Kampfflugzeuge statt. Der Iran dürfte jedoch weitaus besser vorbereitet sein als der Irak im Jahre 1981. Fraglich ist, inwieweit die von den USA an Israel gelieferten bunkerbrechenden Bomben tatsächlich in der Lage wären, unterirdische Anlagen, die in mehreren Jahren Vorbereitungszeit angelegt wurden, zu 'knacken'. Der Einsatz sogenannter Mininukes, regional begrenzte Atomwaffen, hätte zweifellos fatale Wirkungen, da er den Konflikt in eine gänzlich andere Dimension überführen würde.³ Die besondere Gefahr der Mini-Nukes scheint psychologischer Natur. Deren Produktion könnte dazu führen, dass die Hemmschwelle, Nuklearwaffen grundsätzlich einzusetzen, erheblich herabgesenkt würde. Genau diese Hemmschwelle war während des Kalten Krieges die größte Sicherheit. Das Szenario eines Militärschlages hätte insgesamt dramatische Folgen:⁴ Prognostiziert werden tausende toter Soldaten und Zivilisten sowie eine politische Dauerkrise im gesamten Nahen Osten. Ohne Vorwarnung, so die Vermutung, würden Kampfflugzeuge, stationiert auf Flugzeugträgern im Persischen Golf oder in Israel, sowie Langstreckenbomber aus Großbritannien ihre Bomben abwerfen. Als Ziel mehrerer Angriffswellen käme der iranische Forschungsreaktor in Teheran, sowie Nuklearanlagen in Isfahan, Natans, Arak und Buschir in Frage.

Was könnte ein Militärschlag tatsächlich bewirken? Ein erheblicher Teil der iranischen Atomanlagen würde den Angriff überstehen, da vermutlich auch Attrappen existierten. Das Atomprogramm des Iran würde allenfalls um einige Jahre zurückgeworfen, aufgehalten werden könnte es vermutlich nicht. Auch dürfte der Ausdruck 'Militärschlag' wohl eher verniedlichend sein – es würde sich wohl eher um einen weiteren Krieg handeln, in denen die USA und der Weste verstrickt würden. Dieser hätte auch zur Folge, dass Bodentruppen ein-

³ Nach Informationen des US-Magazins "The New Yorker" haben die USA bereits mit der Planung von massiven Bombenangriffen gegen Iran begonnen. In der Planung eingeschlossen sei auch der Einsatz atomarer Bomben, wie sie zur gezielten Zerstörung von Bunkern entwickelt wurden, gegen die unterirdische Uran-Anreicherungsanlage in Natans, schreibt der angesehene Enthüllungsjournalist Seymour Hersh in der jüngsten Ausgabe des Magazins (Erscheinungsdatum 17. April). Vgl. Spiegel online vom 8. April 2006.

⁴ Einer Studie des britischen Konfliktforschers Paul Rogers zufolge, veröffentlicht für den Think-Tank "Oxford Research Group".

gesetzt werden müssten, was im Falle des territorial weitreichenden Iran Probleme aufwerfen dürfte.

Am Ende würde eine unsichere Situation gegen eine noch unsicherere eingetauscht, so die Prognose. Denn der Iran würde auf verschiedene Arten zu verhandeln versuchen:

- Über ein Aufwiegeln der gesamten islamischen Welt gegen den Westen, wobei die muslimische Bevölkerung im Westen zur gefährlichen Manövrierarmee werden könnte
- Über einen Krieg gegen Öltanker und entsprechende Einrichtungen in der Golfregion
- Über gesteuerte Selbstmordattentäter, die nach Europa und die USA einsickern würden
- Über die Hisbollah, die im Südlibanon gegen Israel vorgehen würde
- Über die Schiiten im Irak, die den amerikanischen Truppen enorm Schaden zufügen könnten.

Iranische Perspektiven

Der Iran pocht auf sein Recht, als Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages Uran anzureichern zu dürfen, um dieses für zivile Zwecke nutzen zu können. Geopolitisch gesehen gerät der Iran zunehmend in eine Zangenlage. Sein einziger unmittelbarer Verbündeter in der Region ist Syrien, das sich ebenfalls geopolitisch 'umzingelt' sieht.⁵ Im Westen (Irak) wie im Osten (Afghanistan) sieht sich der Iran einer zunehmenden militärischen Einflussnahme der USA gegenüber. Auch die im Süden, in Saudi-Arabien, in Katar, Bahrain und den Emiraten befindlichen amerikanischen Militärbasen werden zunehmend als Bedrohung interpretiert. Die Gefahr durch den Staat Israel sieht man einerseits durch das geheime israelische Atomwaffenpotential, andererseits durch die Funktion Israels als vermeintlicher Vollstrecker der 'imperialistischen Politik' des 'Satans' USA. Fraglich ist, inwieweit der Iran die Atombombe der sunnitisch geprägten Pakistanis als Risiko für sich betrachtet.

⁵ Vgl. hierzu auch: Jaeger, Kinan: Die USA, Syrien und der Iran. Zwei „Schurkenstaaten“ im Visier der Bush-Administration. In: Europäische Sicherheit Nr. 9/2005, S. 12-15.

Der Iran im Besitz der Bombe?

Inwieweit würde sich nun die geopolitische Lage vor Ort ändern, sollte der Iran über Atomwaffen verfügen? Das Land würde zur Hegemonialmacht am Golf aufsteigen und könnte anderen Erdölstaaten seinen Willen aufzwingen – ein Schreckensszenario für all diejenigen Staaten, deren Wirtschaft eng an die Entwicklung des Ölpreises gekoppelt ist. Die verbal-martialische Haltung des Iran gegenüber Israel gilt vielen als Anhaltspunkt für seine offensiv angelegte Außenpolitik. Sie stellt u.a. ein Mittel der Mullahs dar, von eigenen Fehlern abzulenken. Auch haftet dem Iran seit der großen Revolution durch *Khomeini* das Stigma an, die radikal-islamische Ideologie der Mullahs über die Landesgrenzen hinweg in die gesamte muslimische Welt exportieren zu wollen. Um den Iran in seine Schranken zu weisen, war *Saddam Hussein* vom Westen und den angrenzenden arabischen Ölstaaten absichtlich gegen die Mullahs militärisch aufgerüstet worden. Das Konzept des Westens, den Iran durch *Saddam* 'in Schach zu halten', glückte zunächst – das Land blieb vorerst mit sich selbst beschäftigt. Diese Phase geht jetzt offenbar ihrem Ende entgegen.

Sollte der Iran in den Besitz von Atomwaffen gelangen, so werden die USA in Erwägung ziehen müssen, die Nachbarstaaten des Iran, insbesondere das ölfreiche Saudi-Arabien, unter den amerikanischen Atomschirm zu stellen. Werden sich aber religiös-radikale Herrscher durch ein rationales Prinzip der Abschreckung tatsächlich auch abschrecken lassen? Nur auf diese Weise jedoch könnte ein atomares Wettrüsten am Golf wohl verhindert werden. Die finanziellen Mittel dazu wären in der mit Petrodollars gespickten Golfregion zweifellos vorhanden.

Möglichkeiten der Konfliktregelung

- *Sanktionen*

Sie sind aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage der Großmächte einerseits und aufgrund der großen geostrategischen Bedeutung des Iran andererseits kaum möglich. Auch sind die Erfahrungen mit Sanktionen eher negativ, da sie – wie etwa einst im Irak – eher die Zivilbevölkerung treffen als vielmehr die Machthaber. Sanktionen hätten für die EU und gerade für Deutschland wirtschaftspolitisch gravierende Folgen. Denn: Der Iran gilt als wichtigster Absatzmarkt für deutsche Unternehmen im Nahen

Osten. Insbesondere Lastwagen, Maschinenbauteile, Autos und Metallzeugnisse sowie Chemische Produkte werden dorthin geliefert. Im Jahr 2005 erreichten die Exporte Deutschlands allein in den Iran einen Betrag von ca. 4,5 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anstieg von etwa 30 Prozent binnen eines Jahres.

- *Das Ersetzen des Regimes durch eine prowestlich orientierte Regierung.*

Aus Sicht der USA wäre ein Regimewechsel die erstrebenswerteste Lösung, die zeitlich jedoch sehr langwierig sein könnte. Jegliche politische Veränderungen, so der weitgehende Konsens in den USA, müssten allein durch das betroffene Volk selber herbeigeführt werden. Eine iranische Opposition müsste dafür im Ausland aufgebaut werden.⁶ Tatsächlich verfügt der Iran über eine starke Intelligenzia in der Diaspora, die seit dem Sturz des Schah dem Land den Rücken zugewendet hat.

- *Ein Naher Osten, frei von Massenvernichtungswaffen.*

Kurz- bis mittelfristig wird sich diese Option kaum umsetzen lassen. Zu groß sind die gegenwärtigen Bedrohungsgefühle, zu zahlreich die einzelnen Krisenherde, zu unkontrollierbar die Verhältnisse und zu gering das Vertrauen untereinander. Die UNO als möglicher Kontrolleur zeigte sich bereits mit kleineren Projekten weit überfordert. Schon der Frage, wie mit Israel und seinem Atomwaffenpotential umzugehen ist, geht die UNO offenbar aus dem Weg.

⁶ Tatsächlich hat das Weiße Haus den politischen Kampf gegen Irans Regierung bereits massiv ausgebaut. Etwa 75 Mio. Dollar sollen zur Unterstützung iranischer Oppositioneller und zum Aufbau von Radio- und Fernsehprogrammen, die in iranischer Landessprache für die USA Werbung betreiben, zur Verfügung gestellt werden. Die Summe soll nachträglich im Rahmen des Haushalts 2006 beim Kongress beantragt werden. Bislang waren im Haushalt nur 10 Mio. \$ zur Unterstützung israelischer Dissidenten, Bürgerrechtler und Gewerkschaftsführer vorgesehen.

- Die Gründung eines kollektiven Sicherheitssystems im Nahen Osten.

Hier wäre auch der Iran zu integrieren. Übergreifende Sicherheitssysteme sind im Nahen Osten bisher weitgehend unbekannt – sieht man von der Arabischen Liga oder dem Golf-Kooperationsrat ab. Militärische Sonderwege einzelner Staaten oder Diktatoren ließen sich durch eine Einbindung in kollektive Sicherheitssysteme, durch zentral kontrollierte Befehlsstrukturen möglicher Weise verhindern. Hier liegen jedoch auch die Gefahren: Eine zu starke Einigkeit und Solidarisierung in der arabisch-islamischen Welt könnte Kräfte gegen den Westen oder Israel freisetzen und den Interessen der EU ggf. schaden. Denn: Die Uneinigkeit der arabisch-islamischen Welt, ihr Unvermögen, politische und militärische Macht zu bündeln, und ihr Misstrauen untereinander garantierte dem Westen bisher seine Vormachtstellung.

Reaktionen

Nicht nur aber auch wegen der gefühlten Bedrohung durch den Iran landete Frankreichs Präsident *Chirac* Anfang Januar 2006 auf der Marinebasis Ile Longue einen 'Paukenschlag'. Er verkündete einen möglichen Einsatz französischer Atomwaffen gegen „Führer von Staaten, die gegen uns auf terroristische Mittel zurückgreifen, sowie alle, die in der einen oder anderen Weise den Einsatz von Massenvernichtungswaffen erwägen“. Diese müssten mit einer 'angemessenen Antwort' rechnen. *Chirac* bezog hierbei auch die Bedrohung durch eine Erpressung mit ein, die sich auf die Energieversorgung beziehen könnte. Der Iran wurde hierbei zwar nicht ausdrücklich erwähnt, war aber zweifellos gemeint. Die Äußerungen *Chiracs* beinhalten:

- eine klare Abkehr von der bisherigen atomaren Politik, die allein der Verteidigung des eigenen Territoriums diene;
- eine Stärkung der Verhandlungsbasis der EU gegenüber dem Iran;
- eine Annäherung an die entschiedene Haltung Washingtons gegenüber Teheran.

Ob damit Staaten wie der Iran tatsächlich deswegen auf die Entwicklung von ABC-Waffen verzichten, gilt als fraglich. Durch *Chiracs* Vorstoß hat erstmals aber ein EU-Staat klar darauf hingewiesen, wo die Grenzen zu setzen sind. In

⁷ Frankreich verfügt über mehrere Hundert Atomsprengkörper sowie vier mit Atomraketen bestückte atomare U-Boote.

den Verhandlungen der EU mit dem Iran dürfte dies auf eine resolute europäische Haltung hinweisen. Einige Überlegungen gingen mittlerweile sogar so weit, ob nicht auch Deutschland für den Fall einer nuklearen Bedrohung durch einen terroristischen Staat über den Einsatz von Nuklearwaffen nachdenken sollte. Denn es sei, so Ex-Verteidigungsminister *Rupert Scholz* (Initiator des Gedankenimpulses), durchaus fraglich, ob die atomare Schutzgarantie der USA und der NATO für Deutschland auch dann greife, wenn Atomwaffen in die Hände von Terroristen geraten könnten.⁸

Der Irak-Konflikt und seine Risiken

Die Situation im Irak und in Afghanistan zeigt, dass die USA nicht nur mit ihrer Politik, sondern auch militärisch bald an ihre Grenzen stoßen könnten. Der währende Einsatz im Irak belastete das amerikanische Heer dermaßen, dass die dortige Truppenstärke von 136.000 Soldaten nicht mehr lange aufrecht erhalten werden können – so ein hochrangiger ehemaliger US-Militär. Katastrophale Einbrüche bei der Nachwuchsanwerbung könnten die Folge sein.⁹

Geopolitisch betrachtet wären für die Region – gerade im Falle eines Abzuges der US-Truppen – folgende Konsequenzen zu befürchten, die unmittelbar Auswirkungen auf die Sicherheit der EU hätten:

1. Ein Zusammenbruch des Irak, das Entstehen eines langjährigen Bürgerkrieges und ein gefährliches Machtvakuum. Externe Einflussnahme wäre zu erwarten, Chinesen, Russen und der schiitische Iran werden ihren Machtbereich zu erweitern versuchen.
2. Eine grundsätzlich destabilisierte politische Lage ...
 - an der Ostflanke der Partner des Barcelona-Prozesses
 - an der Nordflanke der ölreichen Golfregion
 - an der Südgrenze des NATO-Partners Türkei
 - in mittelbarer Nachbarschaft Israels.
3. Die Gefahr lang bestehender Irritationen auf dem Ölmarkt.
4. Der verstärkte Einfluss terroristischer Organisationen im Irak, insbesondere der international agierenden Al-Qaida.
5. Zunehmende Flüchtlingsbewegungen in Richtung der EU.

⁸ Scholz erklärte später, ihm sei klar, mit seinen Gedanken ein Tabu berührt zu haben.

⁹ So Andrew Krepinevich, pensionierter Heeresoffizier und Leiter eines Forschungsinstituts für strategische und haushaltspolitische Einschätzungen, in einer Studie für das Pentagon.

Alle hier genannten möglichen Folgen stehen im diametralen Gegensatz zu den ursprünglichen Absichten der USA. Aus europäischer Sicht wäre es dringend Zeit für eine Road-Map auch für den Irak, an der das Nahost-Quartett (UNO-USA-EU-Russland), ggf erweitert durch China, laborieren müsste, um die Region und ihre Nachbarschaft vor schlimmerem zu bewahren.

Dr. Kinan Jaeger
Lehrbeauftragter am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn

Dr. Thomas Wiegand
freier Publizist

Transatlantic Relations

**Bundesakademie für Sicherheitspolitik
Berlin, February 17, 2006**

Ambassador William R. Timken jr.

Thank you for the invitation to join you for a discussion of the transatlantic security and defense agenda. I understand this is an annual conference so part of what I hope to look at is what has changed over the past year. I think there have been some very important changes.

Most important, the climate of German-American relations has changed. The most telling example of that was the very successful visit of Chancellor *Merkel* to Washington in January. The Chancellor and President *Bush* had the opportunity to meet on a very personal level. They spent more than 3 hours of quality time together. The duration and personal and substantive content of the discussion between them were symbolic, in my estimation, of a new era of dialogue and friendship. I had a chance to personally observe their interaction, and was very impressed.

Chancellor *Merkel* and President *Bush* found common ground on many issues, paving the way for stronger and more concerted transatlantic action on important security challenges. Germany is a leader in negotiations with Iran to stop nuclear proliferation. Germany plays a very important role in Afghanistan. Germany has been engaged with rebuilding Iraq by providing training for the military and the police and by forgiving billions of dollars of Saddam-era debts. The reason we are fighting for freedom in Iraq and Afghanistan is because we know a free world will be more secure, more prosperous, and better for all of us.

Chancellor *Merkel* and President *Bush* also spoke of strengthening our economies and intensifying trade as the surest way to create meaningful and well-paying jobs at home as well as stronger growth in developing countries. These two leaders know very well that pooling the technological and entrepreneurial strengths of the world's strongest economies is the best and most effective way to address the political and economic challenges we face globally.